Protokoll Gemeinderat Kloten

Datum 02. November 2010

Archiv W1.3 Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal GVG
1010

Thema **Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG); Genehmigung der Anpassung der Zweckverbandsstatuten (Vorlage 1701) (Vorlage 1701)**

Beschluss-Nr.
19-2010

1. Ausgangslage

Die geltenden Statuten des Zweckverbandes der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG), dessen Mitglied die Stadt Kloten ist, stammen aus dem Jahre 1973. In jüngster Vergangenheit sind relevante übergeordnete Rechtserlasse in Kraft getreten, die auch Auswirkungen auf die Organisation von Zweckverbänden haben. Namentlich haben folgende beiden kantonalen Rechtsgrundlagen eine Überprüfung der Verbandsstatuten auf ihre Übereinstimmung mit dem übergeordneten Recht notwendig gemacht:

- Die neue Kantonsverfassung (in Kraft seit dem 1. Januar 2006)
- Das Gesetz über die politischen Rechte (in Kraft seit dem 1. Januar 2005)

Mit der neu in Kraft getretenen Kantonsverfassung wird eine Demokratisierung der Zweckverbände gefordert. Konkret ist in Art. 93 der Kantonsverfassung geschrieben:

- Abs. 1: Zweckverbände organisieren sich demokratisch
- Abs. 2: Die Volksrechte in der Gemeinde gelten sinngemäss auch für Zweckverbände. Das Initiativ- und Referendumsrecht stehen den Stimmberechtigten im gesamten Verbandsgebiet zu.

Gemäss Art. 144 der Kantonsverfassung hatte sie bis Ende 2009 zu erfolgen. Die Bau- und Betriebskommission der GVG hat sich im Jahr 2008 in Zusammenarbeit mit einem externen Spezialisten rechtzeitig dieser Aufgabe angenommen. Dabei wurde in einem ersten Schritt sowohl der Weg einer Umwandlung in eine Interkommunale Anstalt (IKA) als auch die Anpassung der Statuten verfolgt. Die Umwandlung in eine IKA wurde favorisiert.

In der Folge legte die Gruppe Gross-Lattenbuck anlässlich einer Delegiertenversammlung ihr Veto gegen die Umwandlung in eine IKA ein. Der Zweckverband soll nach ihrer Ansicht weiterhin bestehen bleiben. Nach der Abstimmung der erwähnten Delegiertenversammlung wurde die Bau- und Betriebskommission mit der Revision der Zweckverbandsstatuten beauftragt.

Dabei wurden in erster Linie die notwendigen Anpassungen an das übergeordnete Recht vorgenommen, andererseits aber auch dort Änderungen formuliert, wo zweckmässigere Lösungen angebracht erscheinen.

Mit den total revidierten Zweckverbandsstatuten soll eine Grundlage geschaffen werden, die es erlaubt, die künftigen Herausforderungen im Bereich der Wasserversorgung effizient und mit der notwendigen organisatorischen Flexibilität anzugehen. Die neuen Statuten erhalten Bewährtes und führen Neuerungen massvoll. Die Bau- und Betriebskommission ist überzeugt, eine Vorlage für neue Zweckverbandsstatuten zu unterbreiten, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können.

2. Einführung in die einzelnen Kapitel und Übersicht über die Neuerungen im Vergleich zu den Statuten von 1973

Mit der vorliegenden Revision werden die folgenden Ziele angestrebt:

- Erfüllung des Demokratisierungsauftrages gemäss Art. 93 der Kantonsverfassung

- Gewährleistung der Handlungsfähigkeit der Verbandsorgane im Interesse des Verbandszwecks bzw. einer zweckmässigen und effizienten Geschäftsführung
- Klare Trennung zwischen strategisch-politischen und operativen Aufgaben mit funktionsgerechter Kompetenzverteilung
- Flexible Ausgestaltung der Statuten im Hinblick auf künftige Entwicklungen

Allgemeines

Neuerungen:

- *Wo möglich wird der Statutentext vereinfacht, präzisiert, Redundanzen beseitigt und überlange Absätze gestrafft oder aufgegliedert. Besonders bei den Bestimmungen zu den einzelnen Organen wird auf eine übersichtliche Darstellung und konsistente Gliederung geachtet*
- *Details, die bisher im Zweckverbandsvertrag geregelt werden, deren Regelung aber mit grösserer Zweckmässigkeit auf einer untergeordneten Stufe (z.B. Anhang oder Geschäftsordnung) erfolgt, werden aus den Statuten gestrichen*
- *Verweise auf nicht mehr geltende übergeordnete Rechterlasse werden durch Verweise auf die neu in Kraft getretenen Rechtsgrundlagen ersetzt*
- *Verweise auf einzelne Gesetzesartikel des übergeordneten Rechts werden vermieden, um die Zweckverbandsstatuten nicht unnötig mit potentiellm Aktualisierungsbedarf zu belasten*
- *Es wird konsequent der Begriff „Statuten“ verwendet (anstelle von „Vertrag“ oder „Vereinbarung“) und wo nötig, werden weitere veraltete Begriffe ersetzt*

Kapitel 1: Bestand und Zweck

In diesem Kapitel werden der Bestand des Zweckverbandes sowie sein Zweck festgelegt.

Neuerungen:

- *Mit der Revision der Kantonsverfassung wurden die Zivilgemeinden abgeschafft. Sie müssen bis spätestens 1.1.2010 mit ihren politischen Gemeinden - welche dann neu als Verbandsgemeinden aufgeführt werden (z.B. Niederhasli) – vereinigt sein.*

Kapitel 2: Organisation

Das Kapitel regelt die Aufbauorganisation des Zweckverbandes und definiert die Aufgaben und Kompetenzen seiner Organe.

Allgemeines:

Neuerungen:

- *Die Amtsdauer der Verbandsorgane wird einleitend festgehalten.*
- *Die Möglichkeit zur flexibleren Gestaltung der Zeichnungsberechtigung bei „Alltagsgeschäfte“ wird verankert.*
- *Im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips wird ein pro aktiver Auftrag in Sachen Öffentlichkeitsarbeit erteilt.*
- *Die Finanzkompetenzen wurden so ausgestaltet, dass sie den Verbandsorganen die Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben und insbesondere eine effiziente Geschäftsführung ermöglichen.*

Die Stimmberechtigten des Verbandsgebietes:

Neuerungen:

- *Die Stimmberechtigten des Verbandsgebietes sind neu zwingend Verbandsorgan. Ihm stehen das Initiativ- und Referendumsrecht zu (Ausgestaltung in Analogie zu den Bestimmungen auf kantonaler Ebene). Das bedeutet, dass auch Abstimmungen über Ausgaben ab einer bestimmten Höhe (obligatorisches Finanzreferendum) auf Verbandsebene erfolgen. Bei Abstimmungen im Verbandsgebiet gibt also die Stellungnahme der Stimmberechtigten des Verbandsgebietes als Ganzes und nicht die Stellungnahme der einzelnen Ver-*

bandsgemeinden den Ausschlag. Die Referendumshöhe wird so angesetzt, dass Investitionen von bedeutendem Ausmass an der Urne beschlossen werden (für einmalige Ausgaben bei Fr. 4'000'000.00, bei jährlich wiederkehrenden Ausgaben bei Fr. 500'000.00).

- Das Quorum für die Einreichung einer Initiative wurde analog zum Quorum von kantonalen Initiativen (Empfehlung Kanton: 1-3.5% der Stimmberechtigten) bei 1'500 Stimmberechtigten festgesetzt. Eine Initiative soll dann angenommen werden, wenn ihr die Mehrheit der Stimmberechtigten zustimmt.
- Im Verhältnis zur wesentlich kürzeren Sammelfrist als bei einem Initiativbegehren wurde das Quorum für die Ergreifung des fakultativen Referendums bei 750 Stimmberechtigten festgesetzt.

Die Verbandsgemeinden:

Neuerungen:

- Die zuständigen Organe der Verbandsgemeinden haben neben den Abgeordneten in die Delegiertenversammlung auch deren Einsatz wählen.
- Für die Beschlussfassung wird grundsätzlich das Mehrheitsprinzip verankert – mit der Bedingung, dass diese Mehrheit gleichzeitig über mehr als die Hälfte der dannzumal massgeblichen Wasseroptionsmengen verfügt. Änderungen der Statuten, welche die Stellung der Gemeinden grundsätzlich und unmittelbar betreffen, bedürfen der Zustimmung aller Verbandsgemeinden.

Die Delegiertenversammlung:

Neuerungen:

- Die Anzahl der Delegierten wird von 50 auf 43 Personen reduziert, um effizientere Verfahren zu gewährleisten. Jede der angeschlossenen Gemeinden ordnet mindestens einen Delegierten ab. Die verbleibenden Mandate sind nach Massgabe der jeweiligen Optionsmengen zu Beginn einer Amtsdauer auf die Gemeinden zu verteilen. Für die Zuteilung der Mandate sind die gruppeninternen Optionsmengen massgebend.
- Die Delegiertenversammlung wählt – auf Vorschlag der Gemeindegruppen und jeweils in einem Fall auf Vorschlag der Bau- und Betriebskommission – die Mitglieder der Bau- und Betriebskommission und die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission.
- Der Delegiertenversammlung sind Ausgabenbeschlüsse vorbehalten, die sich zwischen die Finanzkompetenzen der Bau- und Betriebskommission und dem obligatorischen Referendum schieben.
- Die Verhandlungen der Delegiertenversammlung sind öffentlich

Die Bau- und Betriebskommission:

Neuerungen:

- Die Umsetzung der von der Kantonsverfassung in Art. 93 Abs. 1 verlangten demokratischen Organisation der Zweckverbände verlangt die personelle Trennung von Legislative und Exekutive. Deshalb dürfen nur noch Präsident und Vizepräsident der Delegiertenversammlung gleichzeitig auch der Betriebskommission angehören.
- Die Kompetenzvermutung für alle Aufgaben des Zweckverbandes liegt neu bei der Bau- und Betriebskommission (anstelle Delegiertenversammlung), d.h., dass ihr alle Aufgaben und Kompetenzen zustehen, soweit die Statuten nicht ein anderes Organ als zuständig erklären.
- Die nicht mehr adäquaten Finanzkompetenzen werden erhöht und präzisiert.
- Die Bau- und Betriebskommission kann – im Sinne einer Kompetenzdelegation - Geschäfte einzeln oder mehreren Mitgliedern zur selbständigen Besorgung übertragen.

Die Rechnungsprüfungskommission:

Neuerungen:

- Aufgaben und Beschlussfassung in der Rechnungsprüfungskommission werden präziser geregelt.

Kapitel 3: Personal

Neuerungen:

- *Es wird explizit festgelegt, dass für das Personal des Verbandes grundsätzlich die gleichen Anstellungs- und Besoldungsbedingungen wie für das Personal des Kantons Zürich gelten.*

Kapitel 4: Verwaltung

Das Kapital regelt den rechtlichen Rahmen für die Einsetzung einer Geschäftsstelle.

Neuerungen:

- *Aufgrund der Koppelung des Sitzes des Zweckverbandes an den Sitz der Geschäftsstelle, ist es nötig, dass die Geschäftsstelle innerhalb des Verbandgebietes domiziliert ist. Ansonsten könnten bezüglich Gerichtsstand und Wahlleitung rechtliche Probleme entstehen.*

Kapitel 5: Pflichten der Zweckverbandsgemeinden und Gemeindegruppen

Das Kapital regelt die allgemeinen und besonderen Pflichten der Verbandsgemeinden. Die Änderungen sind rein formeller Art.

Kapitel 6: Wasserbeschaffung und Wasserzuteilung

Das Kapital umreisst den baulichen, technischen und betriebswirtschaftlichen Rahmen, innerhalb welchem die Wasserversorgung erfolgt.

Neuerungen:

- *Die Ausführungen in diesem Kapitel werden auf das Wesentliche beschränkt. Die Wasserbeschaffung und Optionsmengen der einzelnen Verbandsgemeinden bzw. Gemeindegruppen werden in einem separaten Anhang geregelt. Auch Bauten und Anlagen, die im Eigentum des Zweckverbandes stehen, werden in einem Anhang aufgeführt. Allfällige technische Aktualisierungen können so vorgenommen werden, ohne dass die Statuten geändert werden müssen.*

Kapitel 7: Finanzielles

Das Kapital legt die Grundlage für die Haushaltsführung des Zweckverbandes und bestimmt die Verteilung der anfallenden Kosten.

Neuerungen:

- *Die Grundlagen für die Führung des Verbandshaushaltes sowie des Rechnungswesens werden präziser geregelt.*
- *Der Manipulierfonds wurde abgeschafft.*
- *Die Haftpflicht wird geregelt und die Haftungsanteile der Verbandsgemeinden werden explizit bestimmt (gemäss Kostenverteiler).*

Kapitel 8: Aufsicht und Rechtsschutz

Das Kapital regelt die Aufsicht über den Zweckverband sowie die zustehenden Rechtsmittel.

Neuerungen:

- *Die zustehenden Rechtsmittel werden präziser geregelt. Die Umformulierungen in den Statuten erhöhen die Rechtssicherheit.*

Kapitel 9: Austritt und Auflösung

Das Kapital regelt die Loslösung vom bzw. die Auflösung des Zweckverbandes.

Neuerungen:

- *Die finanziellen Folgen eines Austritts werden präzise definiert (Ansprüche und Pflichten der Gemeinden, Liquidation).*

- *Für die Auflösung des Verbandes ist nicht mehr ein einstimmiger Beschluss der Verbandsgemeinden nötig. Neu kann der Zweckverband aufgelöst werden, wenn dies die Mehrheit der Verbandsgemeinden, die gleichzeitig über mehr als 85 Prozent der Wasseroptionsmengen verfügen, beschliesst.*

Kapitel 10: Schlussbestimmungen

In diesem Kapitel wird das Inkrafttreten der neuen Statuten geregelt.

Neuerungen:

- *Übergangsbestimmungen sind keine mehr notwendig.*

3. Vorprüfung und weitere Informationen

Mit elektronischem Schreiben vom 24. November 2009 wurde der Entwurf der total revidierten Zweckverbandstatuten dem Gemeindeamt des Kantons Zürich zur Vorprüfung eingereicht. Die Hinweise des Vorprüfungsberichts vom 25. Januar 2009 sowie die Stellungnahme des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) vom 22. Dezember 2009 wurden in die Vorlage zuhanden der Stimmberechtigten eingearbeitet, so dass einer vorbehaltlosen Genehmigung der neuen Zweckverbandsstatuten durch den Regierungsrat nichts im Wege steht.

An der Delegiertenversammlung vom 24. März 2010 genehmigten die Delegierten der Verbandsgemeinden die angepassten Zweckverbandsstatuten der GVG vom 11. Februar 2010. Die Delegiertenversammlung der GVG beantragt den Verbandsgemeinden gemäss Art. 5 lit. c der GVG-Statuten, die angepassten Zweckverbandsstatuten zu genehmigen.

Nach Zustimmung der Exekutive vom 2.7.10 wurde die Vorlage dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat Kloten genehmigt die angepassten Zweckverbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG) vom 11. Februar 2010.

Mitteilungen an:

- Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal, c/o Energie Opfikon AG, Schaffhauserstrasse 121, Postfach, 8152 Glattbrugg
- Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal, Gruppe Kloten, c/o Industrielle Betriebe Kloten AG, Flughafenstrasse 25, 8302 Kloten
- Gemeindeamt des Kantons Zürich, Abt. Gemeinderecht, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich
- BL Finanzen + Logistik
- BL Raum + Ordnung
- Leiter Tiefbau / Unterhalt + Forst

Für Rückfragen ist zuständig:

Marc Osterwalder; Bereichsleiter Lebensraum + Sicherheit, Tel: 044 815 12 33, Mail: marc.osterwalder@kloten.ch

Markus Maag, Leiter Tiefbau / Unterhalt + Forst, Tel: 044 815 17 50, Mail: markus.maag@kloten.ch

Für getreuen Auszug:

Petra Wicht
Ratssekretärin